STADT WETZLAR

BESCHLUSSVORLAGE

Antragsteller/in	**Drucksachen-Nr.: - AZ:**
SPD-Fraktion, Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen", FW-Fraktion	2248/14 - I/486

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis
Finanz- und Wirtschaftsausschuss		
Stadtverordnetenversammlung		

Betreff:

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
und Handelsabkommen mit Kanada (CETA)
Resolution

Text:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik ein.

Die Stadtverordnetenversammlung beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Meldungen um das derzeit von der EU-Kommission mit den USA hinter verschlossenen Türen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) sowie das Handelsabkommen mit Kanada (CETA). Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Verhandlungen Einschränkungen der kommunalen Handlungsfreiheit nach sich ziehen: Bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Gestaltung der regionalen Energieversorgung, des kommunalen Umweltschutzes, der Gesundheitsversorgung, der Förderung und Unterstützung der Kultur, der Erwachsenenbildung wie auch bei der Tarifgestaltung und den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Stadt Wetzlar und deren Gesellschaften.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert von der EU-Kommission, dem Europaparlament, der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung, in den Verhandlungen darauf Einfluss zu nehmen, dass

- die aktuellen Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind,
- keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden vorgenommen werden,
- die kommunale Daseinsvorsorge sowie die Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Deutschen Landkreistages in dieser Angelegenheit und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen an.

Wetzlar, den 08.11.2014

gez. Jörg Kratkey
Dr. Barbara Greis
Christa Lefèvre

Begründung:

Obwohl die Stadtverordnetenversammlung nicht die zuständige Entscheidungsinstanz ist, sollte auch von Wetzlar, wie bereits vom Kreistag des Lahn-Dill-Kreises und anderen Kommunen und Kreistagen, ein Signal ausgehen, dass ein solches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA nicht um jeden Preis zustande kommen sollte.